

Bürgerbewegung Finanzwende e. V.

Geschäftsstelle

Motzstr. 32 | 10777 Berlin
T. +49 30 208 370 80 | F. +49 30 208 370 829
info@finanzwende.de | www.finanzwende.de

Bürgerbewegung Finanzwende e. V.

Motzstr. 32 | 10777 Berlin

Staatssekretärin Jeanette Schwamberger
Bundesfinanzministerium
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

Spendenkonto

GLS Bank
IBAN: DE03430609671226545200
BIC: GENODEM1GLS

Vorstand

Dr. Gerhard Schick
Daniel Mittler
Anne Brorhilker
Dr. Sascha Müller

Gläubiger ID

DE59ZZZ00002143189

Amtsgericht

Berlin/Charlottenburg
VR 36803 B

Betreff: Bitte um Termin zum Austausch zu Bankenregulierung und Finanzstabilität

16.01.2026

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin Schwamberger,

Die Debatte um eine „Vereinfachung“ der Bankenregulierung gewinnt aktuell spürbar an Dynamik. Banken drängen darauf, dass die EU-Kommission zentrale Vorgaben zur Risikovorsorge von Banken überprüfen solle. Ziel sei es, regulatorische Anforderungen zu reduzieren und Verfahren zu vereinfachen. Ein erheblicher Teil der Komplexität des bestehenden Regelwerkes ist jedoch insbesondere darauf zurückzuführen, dass auf Betreiben der Bankenlobby zahlreiche Ausnahmeregelungen aufgenommen wurden.

Die aktuelle Reformdebatte birgt jedoch das Risiko, dass die Vereinfachungen auf eine Abschwächung bestehender, zentraler Schutzmechanismen hinauslaufen und letztendlich die Finanzstabilität gefährden. Der Beschluss des Koalitionsausschusses, sich in Brüssel für ein rasches und umfassendes Maßnahmenpaket zur Vereinfachung der Finanzmarktregulierung einzusetzen, verstärkt den Reformdruck zusätzlich.

Die Vereinfachungsdebatte ist eingebettet in ein internationales Umfeld, das durch zunehmende Deregulierungstendenzen in den USA und Großbritannien geprägt ist. In Europa wird vor diesem Hintergrund verstärkt argumentiert, dass regulatorische Anforderungen im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit überprüft werden müssten. Eine solche Logik verkennt jedoch, dass gerade in einem zunehmend fragilen makroökonomischen Umfeld belastbare Kapital- und Verlustpuffer bei Banken von zentraler Bedeutung sind.

Ganz offensichtlich in Richtung Deregulierung weisen die Forderungen der Deutschen Kreditwirtschaft.¹ Unter dem Verweis auf eine übermäßige Komplexität des bestehenden Systems strebt die DK nach eigenen Angaben eine umfassende Entlastung der Institute an. In ihrer Gesamtheit zielen diese Vorschläge jedoch weniger auf eine bloße Vereinfachung als auf eine substanzielle Lockerung regulatorischer Vorgaben. Dies wird besonders deutlich mit Blick auf die DK-Forderungen zu Mindestkapitalanforderungen (Abschaffung oder Lockerung von Leverage Ratio bzw. Output Floor).

¹ https://bankenverband.de/sites/default/files/medien/8/dokumente/dk_papier_bericht_wettbewerbsfaehigkeit.pdf

Auch der EZB-Rat schlägt vor, die regulatorische Architektur zu straffen, unter anderem durch eine Reduzierung der Komplexität bei risikogewichteten Aktiva und der Leverage Ratio sowie durch ein vereinfachtes Aufsichtsregime für kleinere Institute.² Die EZB-Vorschläge zielen tatsächlich eher auf Vereinfachung statt Verwässerung der Bankenregeln ein.

Grundsätzlich stehen wir einer Vereinfachung der europäischen Bankenregulierung nicht entgegen. Im Gegenteil: Einfache, aber strenge Regulierung ist unseres Erachtens nach notwendig, um Finanzstabilität zu gewährleisten. Wir setzen uns daher für eine verpflichtend hohe Leverage Ratio von mindestens zehn Prozent für alle Banken ein. Denn genug Eigenkapital ist das wirksamste Instrument, um Banken robust aufzustellen.

Vor dem Hintergrund der Vereinfachungsdebatte und den zirkulierenden Forderungen und Vorschlägen möchten wir Sie gerne um ein Gespräch bitten und in den fachlichen Austausch zu Bankenregulierung und Finanzstabilität mit Ihnen treten. Für die Terminabstimmung stehen wir Ihnen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

² <https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2025/html/ecb.pr251211~aa5c9271b8.en.html>